

Südtirol „Charta“

Unter dem Aspekt der Diskussion eines neuen Schulgesetzes in Rheinland-Pfalz und der Abschaffung von Förderschulen in Südtirol vor 30 Jahren sowie einer Vielzahl an Maßnahmen, die in Südtirol zum barrierefreien Tourismus durchgeführt werden, hat der Landesbeauftragte für die Belange behinderter Menschen, Matthias Rösch, mit einer Delegation von 35 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern im April 2014 eine Reise nach Südtirol unternommen. Die Reisegruppe setzte sich aus Mitgliedern des Landesteilhabebeirates, kommunalen Behindertenbeauftragten, Vertreterinnen und Vertretern der Selbsthilfe, Vertreterinnen und Vertretern der Wohnheim- und Werkstattträte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung zusammen. Neben Gesprächen mit der Landesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention allgemein und besonders in den Bereichen Arbeit und Wohnformen für Menschen mit Behinderungen war ein weiterer Schwerpunkt der Reise das Zusammentreffen mit den in Südtirol organisierten Selbsthilfeverbänden. Als besondere Erlebnisse wurden der Besuch einer Grund- und Mittelschule in Neumarkt sowie die Besichtigungen der Gärten von Schloss Trautmannsdorff, der barrierefreien Aussichtsplattform am Karersee und eine Seilbahnfahrt zum Bozener Hausberg Ritten empfunden.

Die Reisegruppe hat sich entschieden, ihre Eindrücke und Erfahrungen aufzubereiten und dem Landesteilhabebeirat als „gesetzliches Beratungsgremium der Politik“ zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus soll die Charta in den jeweils eigenen Organisationen diskutiert und verbreitet werden.

Die so entstandene „Südtirolcharta“ gliedert sich in folgende Bereiche:

- 1. Bildung und Schule und Arbeit**
- 2. Tourismus**
- 3. Barrierefreiheit**
- 4. Bewusstseinsbildung.**

Die Forderungen im Bereich Bildung und Schule betreffen

- Mut zur Umsetzung von Inklusion in der Schule
- „eine“ Schule für alle
- die Einhaltung umfassender Barrierefreiheit in allen Bildungseinrichtungen
- individuelle ressourcenorientierte Förderung
- Verringerung der Klassenstärken
- eine Grundhaltung der Lehrenden: alle Kinder sind **u n s e r e** Kinder und alle Lehrenden sind für alle Schüler zuständig
- die Verankerung inklusiver Ansätze in der Ausbildung der Lehrenden

- eine Grundhaltung des gemeinsamen voneinander Lernens von klein auf und die Wichtigkeit, Freunde zu haben
- die Anbindung von Integrationshelferinnen und –helfern im Schulsystem
- die Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf
- die Verbesserung des Übergangs aus dem Werkstätten auf den allgemeinen Arbeitsmarkt und den Ausgleich für den Weggang der Leistungsträger aus den Werkstätten
- vereinfachte Fördermöglichkeiten und verstärkte Anreize für Betriebe bei der Beschäftigung behinderter Menschen
- personenorientierte Unterstützung bei der Beschäftigung behinderter Menschen durch Förderung in den Betrieben
- die politische Entscheidung: wir wollen Inklusion konsequent

Ursächlich für diese Forderungen waren die Aussagen der Lehrenden und des Schulamtes, dass mit der gesetzlichen Entscheidung der Abschaffung der Förderschulen die zwingende Auseinandersetzung mit einer Schule für Alle sowie das Recht eines jeden Kindes auf Förderung begann. Es gab nach Einführung des Gesetzes keine Widerstände, sondern das Bemühen, es gut zu machen. Auffallend war die Haltung der Lehrenden hierfür Verantwortung zu übernehmen.

Die Forderungen im Bereich Tourismus betreffen

- die Herstellung und Sicherung barrierefreier Sehenswürdigkeiten wie Burgen, Kirchen, Museen usw.
- die Herstellung und Sicherung barrierefreier Gaststätten und Unterkünfte
- die Bereitstellung eines barrierefreien ÖPNV sowie barrierefreier Taxen
- die Herstellung und Sicherung barrierefreier Freizeitangebote wie Konzert-, Theater-, Kino- und Festveranstaltungen, sowie die Nutzung öffentlicher Freizeitanlagen wie Schwimmbäder, Minigolfanlagen usw. für Alle
- den Ausbau barrierefreier Rad- und Wanderwege
- umfassende und aktuelle Informationen zum barrierefreien Tourismus.

Ursächlich für diese Forderungen waren die Informationen der Vereinigung independent living, die bereits einige Teile Südtirols hinsichtlich entsprechender touristischer Angebote untersucht und die Nutzung bewertet sowie veröffentlicht haben.

Die weiteren Forderungen im Bereich Barrierefreiheit betreffen

- die umfassende Beteiligung der Menschen mit Behinderungen bei der Weiterentwicklung von Gesetzen
- die Verpflichtung zur beruflichen Auseinandersetzung mit Barrierefreiheit in den medizinischen und pädagogischen Berufen, in den technischen Berufen und bei Architekten sowie in allen lehrenden Berufen

- die Verpflichtung der Gemeinden innerhalb von fünf Jahren Barrieren an und in ihren Gebäuden zu beseitigen einschließlich der Verpflichtung zur Vorlage eines Anpassungsplans
- die Nutzung einer staatlich entwickelten Checkliste
- die Verpflichtung auch in privaten Haushalten „Raum“ für die Schaffung von Barrierefreiheit vorzusehen.

Ursächlich für diese Forderungen war die Darstellung der Landesregierung Südtirols über die von ihr eingeleiteten Maßnahmen mittels Vorgaben, alle 116 Gemeinden zur Auseinandersetzung mit den Barrieren in ihren Gemeinden und deren Abbau zu „zwingen“. Die von den Gemeinden vorgelegten Anpassungspläne werden staatlich geprüft und gemeinsam beraten. Am Ende steht eine gemeinsame „Entscheidung“ über die Anpassung.

Die Forderungen im Bereich Bewusstseinsbildung betreffen

- die Thematisierung von Inklusion und Barrierefreiheit in sämtlichen Aus-, Weiter- und Fortbildungen, besonders auch in der öffentlichen Verwaltung
- einen pragmatischen Umgang der Verwaltung mit den Themen Inklusion und Barrierefreiheit
- überschaubare und verständliche Kommunikationsstrukturen in den Verwaltungen
- die Schaffung kompetenter, neutraler und kostenfreier Beratungsstellen
- Übernahme von Vorbildfunktionen durch Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft
- Übernahme von guten Beispielen aus anderen Ländern.

Ursächlich für diese Forderungen war die Selbstverständlichkeit und Überzeugung der Menschen aus Südtirol, die für die Umsetzung der Inklusion durch ein politisches Mandat Verantwortung tragen und der Menschen, die aus Überzeugung Verantwortung übernehmen. Es geht um die Faszination, von etwas überzeugt zu sein und darin seine Kraft zu investieren, letztlich die Faszination über das Mögliche aus einer menschenrechtsbasierten Überzeugung heraus, Inklusion zu leben.

Die Südtirolcharta soll Sie anregen, sich mutig und engagiert für ein inklusives Rheinland-Pfalz stark zu machen und Verantwortung zu übernehmen.